

Ute Daniel

Der Krieg der Frauen 1914-1918: Zur Innenansicht des Ersten Weltkriegs in Deutschland

„Wir machen dem hohen Senat der Stadt Hamburg den Vorschlag: Wir wollen unsere Männer und Söhne aus dem Krieg wieder haben und wollen nicht länger noch hungern — es muß Frieden gemacht werden. Der hohe Senat muß uns darin beistehen, sonst machen wir was anderes.“¹

Die interessantesten Entwicklungen der Geschichtswissenschaft - und dies dürfte wohl auch für andere wissenschaftliche Disziplinen gelten — zeigen sich oft weniger in den zutage geförderten neuen Fakten als an den neu oder anders gestellten Fragen, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

1. In der Art und Weise, das Material der Geschichte unter Fragestellungen zu subsumieren, spiegeln sich gegenwärtige Befindlichkeiten gesellschaftlicher und individueller Art in einer Deutlichkeit wider, die ebensoviel über die Gegenwart wie über die Vergangenheit aussagt.

2. Die Un-Ordnung und manchmal auch Un-Ordnung, die im jeweils gültigen Kanon geschichtswissenschaftlichen Wissens durch quer zu bisherigen Herangehensweisen liegende Fragestellungen angerichtet bzw. hergestellt wird, führt einerseits zu neuen Erkenntnissen, andererseits und vor allem aber auch zur Identifizierung von Erklärungs- und Untersuchungsdefiziten, die jetzt erst als solche erkannt werden.

Beides zeigt sich sehr deutlich an den Diskussionen um die und in den jüngeren Bindestrich-Geschichten der letzten Jahre: die Frauen-, die Alltags- und die Mentalitätsgeschichte. Ohne hier näher auf die Besonderheiten, Verdienste und Probleme dieser drei geschichtswissenschaftlichen „Subdisziplinen“ eingehen zu können,² möchte ich nur festhalten, daß alle drei Ansätze — ungeachtet aller ihrer sonstigen Unterschiede - Fragerichtungen vorgeben, die es erlauben, ihnen für die unter 1. und 2. genannten Punkte Gemeinsames abzugewinnen:

Zu 1: Die Frauengeschichte ebenso wie die Alltags- und Mentalitätsgeschichte geben dem aktuellen Bedürfnis Ausdruck, zum Dreh- und Angelpunkt des Verstehens von Ereignissen, sozialen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen vergangener wie gegenwärtiger Gesellschaften nicht mehr schwerpunktmäßig Fakten und Abläufe, Prozesse und Strukturen als solche zu machen, sondern vielmehr deren Konkretisierung als erlebte, wahrgenommene Realität. Hinter diesem Bedürfnis, von dessen wissenschaftlicher Umsetzung Vertreter der mittlerweile klassischen Politik- und Sozialgeschichte nicht selten befürchten, dies bedeute „the end [...] of reason, freedom, footnotes, and civilization“,³ steckt mehr als der Visualisierungszwang der großgewordenen Kinder des Fernsehzeitalters. Es speist sich nicht zuletzt aus dem in

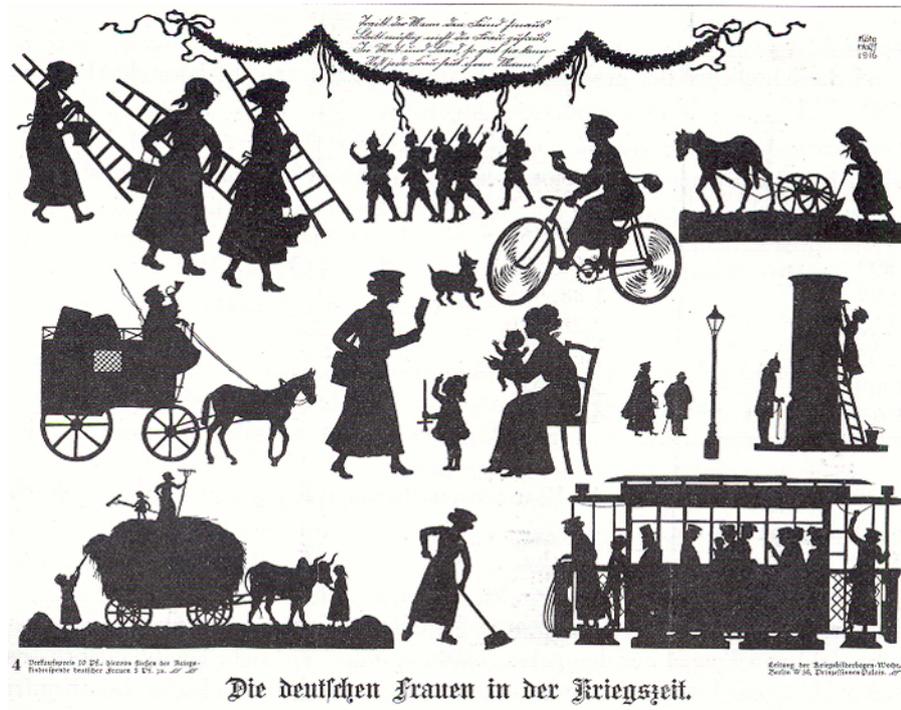
den westlichen Industriegesellschaften in den letzten Jahren deutlich hervortretenden „Unbehagen in der Kultur“, das zu einer Renaissance der Frage nach den Werten — negativ formuliert: nach den Kosten — der Modernität geführt hat. Aus den Wie-Fragen sind Wozu-Fragen geworden: Wir wissen inzwischen, so der Tenor der Diskussionen, wie man immer schnellere Autos, wie man Retortenbabies und Turbokühe produziert und wie man das Leben der Menschen verlängern kann; was wir längst nicht so genau wissen, ist, was uns dies alles kostet bzw. wofür wir immer schneller fahren, Babies künstlich produzieren. Milchseen anlegen oder länger leben.

Diese Renaissance der Fragen nach den Werten hat, ebenso wie in allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen, auch in der Geschichtswissenschaft der letzten Jahre ihre Spuren hinterlassen. Kosten des Modernisierungsprozesses auch in der historiographischen Arbeit zu benennen und zu analysieren, ist mittlerweile zu wissenschaftlichen Ehren gekommen. Vor allem aber, und dies ist längerfristig m. E. sehr viel wichtiger, ist ein anderes Defizit der bisherigen Geschichtsschreibung deutlich geworden: nämlich die Außerachtlassung derjenigen Wertsetzungen und Wahrnehmungsweisen, die dem Handeln und Verhalten der historischen Subjekte unterlagen.

Zu 2: Die Un- und Um-Ordnung, die im Rahmen geschichtswissenschaftlicher Analyse stattfindet, wenn man die Ebene der Wahrnehmungsweisen und Wertsetzungen als Teil der historischen Realität ernst nimmt, wirkt sich nicht zuletzt darin aus, daß auch durchaus bekannte, gründlich erforschte geschichtliche Ereignisse und Prozesse als Neuland — nämlich in ihrer Qualität als konkret erlebte Realität von Menschen in ihrer Zeit — behandelt werden müssen und gleichzeitig ihre Einheitlichkeit, ihre eindeutige Identifizierbarkeit verlieren. Für den Ersten Weltkrieg heißt dies, daß er erst dann als erforscht gelten kann, wenn herausgearbeitet worden ist, als was für ein Ereignis mit welchen Folgen er von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten etc. wahrgenommen worden ist, d. h. wie viele Erste Weltkriege es gewissermaßen gab und wie sie jeweils beschaffen waren. Eine solche Herangehensweise soll im folgenden am Beispiel der städtischen Arbeiterfrauen in Deutschland 1914-1918 skizziert werden. Dabei wird es im ersten Teil um die Entwicklung der weiblichen Lohnarbeit und im zweiten Teil um die Familienarbeit von Frauen im Krieg gehen. Für jeden dieser thematischen Bereiche wird jeweils eine These über die wichtigsten weiblichen Erfahrungszusammenhänge bzw. Wahrnehmungsweisen formuliert und knapp begründet werden.

I. Lohnarbeit

These: In ihrer überwiegenden Mehrheit erlebten Frauen das Angebot von Arbeitsmöglichkeiten in der Kriegsindustrie nicht als Eröffnung neuer arbeitsmarktpolitischer Chancen, sondern nur als zeitweilige Quelle von Gelderwerb, deren Nutzung auf die Dauer der Kriegszeit und ausschließlich auf eine bestimmte Gruppe von Frauen beschränkt war.



„Die deutschen Frauen in der Kriegszeit“. Kriegsbilderbogen von Käte Wolff, Berlin 1916

Argumente:

1. Die quantitative Entwicklung der weiblichen Lohnarbeit im Ersten Weltkrieg folgte entgegen der vorherrschenden Meinung⁴ dem Muster der Vorkriegszeit. Die Anzahl lohnarbeitender Frauen insgesamt nahm zwischen 1914 und 1918 nicht überdurchschnittlich zu: Die Entwicklung der Mitgliedschaft bei den Krankenkassen - die angesichts des Fehlens von Berufszählungen für die Kriegszeit den umfassendsten Überblick über die Zahl der Lohnarbeitenden gibt — zeigt, daß es im Juli 1918 verglichen mit dem Stand vom Juli 1914 ca. 17 % mehr beschäftigte Lohnarbeiterinnen gab.⁵ Doch liegt diese Steigerungsrate unter denjenigen der Vorkriegszeit, die 1905 - 1909 22 % und 1909 - 1913 20 % betragen und in den vorhergehenden Jahren noch höher gelegen hatte (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1⁶

Weibliche Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahresdurchschnitt 1889-1913

Jahr	absolut	Steigerungsrate in %
1889	1.195.662	

1893	1.549.425	30
1897	1.886.995	22
1901	2.288.270	21
1905	2.834.697	24*
1909	3.44.4425	22
1913	4.127.401	20

* 1903 trat die Erweiterung der Krankenversicherungspflicht auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge in Kraft.

Es kann also nicht die Rede davon sein, daß im Ersten Weltkrieg eine überproportional hohe Zahl von Frauen auf den Arbeitsmarkt strömte. Vielmehr lag die quantitative Entwicklung der Frauenlohnarbeit in der Kriegszeit in dem sich leicht abflachenden Trend der Vorkriegszeit, der auf eine zunehmende Ausschöpfung des weiblichen Arbeitskräftepotentials verwies.

2. Zwar bemühten sich die militärischen und zivilen Behörden um eine Mobilisierung von Frauen für die Kriegsindustrie, in der ein immer dringlicherer Arbeitskräftemangel herrschte. Doch gelang es diesen Bemühungen nicht, den Arbeitskräftemangel durch die vermehrte Einstellung von Frauen zu beheben. Die Ursachen für das Scheitern der Frauenmobilisierung lagen auf verschiedenen Ebenen:

2.1. Auf der politischen und der Verwaltungsebene waren es die Ineffizienz und innere Widersprüchlichkeit der Behördenorganisation und ihrer konkreten Maßnahmen, die es nicht zu einer durchgreifenden Beeinflussung des Arbeitsmarktes kommen ließen.⁷

2.2. Auf der strukturellen Ebene war es die Inkongruenz von Arbeitskräftenachfrage und -angebot, die eine vermehrte Beschäftigung von Frauen in kriegsindustriellen Betrieben verhinderte: Gesucht wurden für die Rüstungsproduktion nicht so sehr Arbeitskräfte überhaupt als Facharbeiter. Statt also Frauen einzustellen, die in der Regel für Facharbeitertätigkeiten nicht qualifiziert waren, bemühten sich die Rüstungsbetriebe darum, ihre eigenen Facharbeiter vom Militärdienst zurückstellen zu lassen; Mitte 1918 waren in Preußen 2,4 Millionen Männer, von denen die Hälfte fronttauglich war, als Reklamierte in Industrie und Landwirtschaft des Heimatgebiets beschäftigt.⁸ Auch für den darüber hinausgehenden Arbeitskräftebedarf hielten sich die Rüstungsbetriebe lieber an ausländische Arbeitskräfte oder Kriegsgefangene; zum

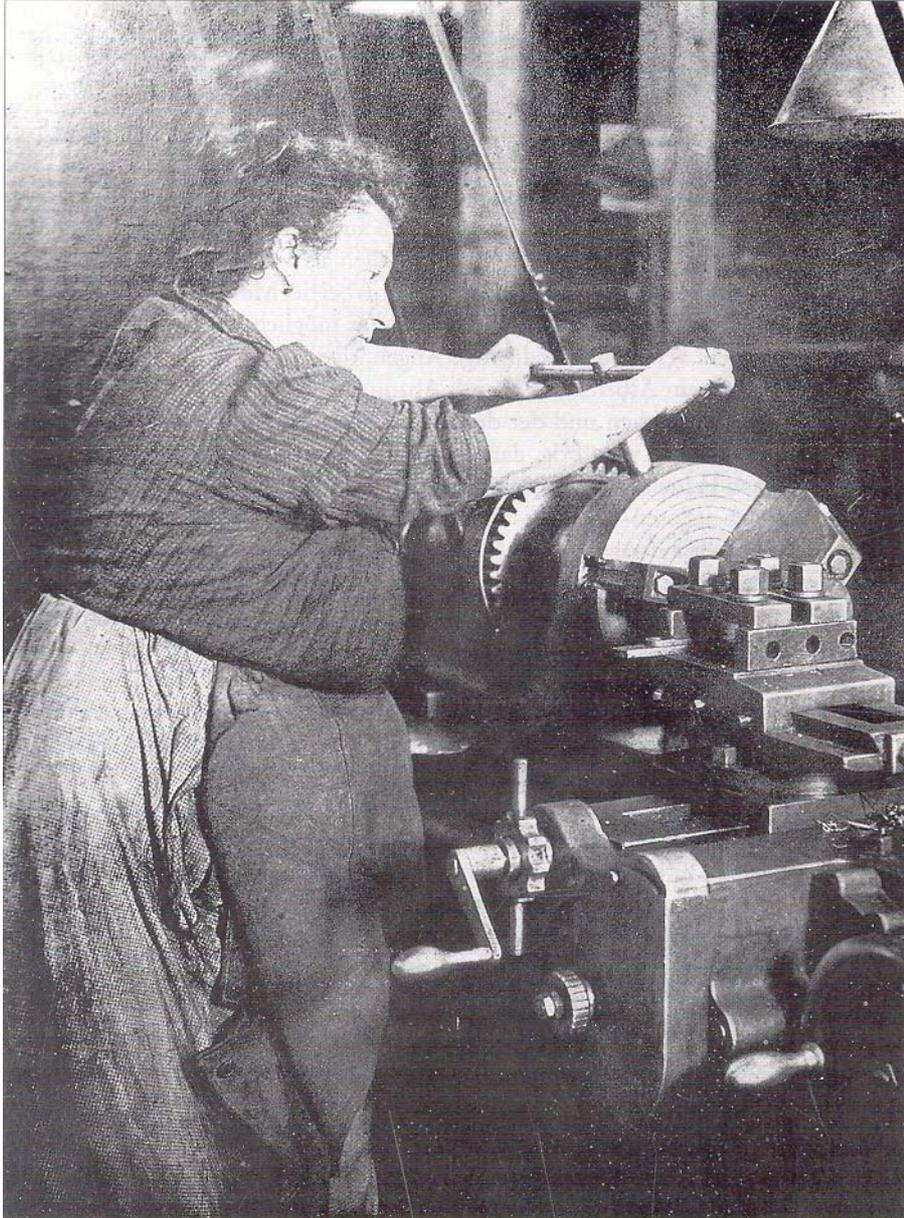
einen waren unter diesen Facharbeiter, zum ändern konnten Ausländer und vor allem Kriegsgefangene schlechter entlohnt und härter angefaßt werden.

2.3. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Frauenmobilisierung lag auf der Ebene der Lebensumstände und Wahrnehmungen der betreffenden Frauen selbst. Dies gilt insbesondere für Frauen, die Kinder oder andere Angehörige zu versorgen hatten, und damit für die überwiegende Mehrheit der verheirateten und durchaus auch für viele unverheiratete Frauen: Die Tatsache, daß auch nicht-lohnarbeitende Frauen keineswegs arbeitslos, sondern in den meisten Fällen als Familienarbeitskräfte unersetzbar waren, erwies sich als ein wichtiges Hindernis bei der Mobilisierung von Frauen für die Kriegsindustrie. Selbst wenn diese Frauen es möglich machen konnten, ihre Kinder oder andere versorgungsbedürftige Angehörige anderweitig unterzubringen, blieb ihnen von ihrem Arbeitslohn - nach Abzug der Fahrtkosten, des Verschleißes von Kleidung und Schuhen und der durch die Kinderunterbringung entstandenen Kosten - häufig nicht so viel übrig, daß dies der Mühe wert gewesen wäre. Entweder gelang es solchen Frauen, sich und ihre Angehörigen von dem Geld zu ernähren, das sie über die Arbeitslosen- und die Familienunterstützung bezogen, oder aber sie nahmen Heimarbeitsaufträge an.

Auch unabhängig davon, ob sie Kinder oder andere Personen zu versorgen hatten, zogen in der Fabrikarbeit unerfahrene Frauen häufig die Heimarbeit vor, vermutlich weil diese - insbesondere bei den Angehörigen der unteren Mittelschichten — einen weniger einschneidenden Bruch mit den bisherigen Lebensverhältnissen darstellte.

2.4. Hinzu kam, daß es der Fabrikarbeit in verschiedener Hinsicht an Attraktivität mangelte: Die Arbeitsbedingungen waren infolge der faktischen Außerkraftsetzung der Arbeitsschutzbestimmungen katastrophal; die Frauenlöhne blieben auch in der Kriegszeit im Vergleich zu den Männerlöhnen sehr niedrig, was noch dadurch verschärft wurde, daß es für Geld immer weniger zu kaufen gab, daß also andere Wege der Existenzsicherung beschritten werden mußten; und längerfristige Aufstiegsmöglichkeiten konnte sich kaum eine Frau ausrechnen, da Arbeiterinnen fast durchweg mit unqualifizierten Tätigkeiten beschäftigt und bestenfalls angelehrt, nicht aber ausgebildet wurden.

2.5. Die öffentliche Wertschätzung, derer sich die weibliche Lohnarbeit im Ersten Weltkrieg erfreute, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie einem Provisorium galt, dessen Andauern über das Kriegsende hinaus keineswegs erwünscht war. Die Beschäftigung von Frauen an „Männerarbeitsplätzen" wurde nicht als solche begrüßt, sondern als Erfüllung einer Kriegspflicht in Zeiten, wo „Not am Manne" war. Nach der Demobilmachung sollten, so war der Konsens aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen, die Frauen den Männern wieder weichen. Diese Erwartungshaltung — der der Verlauf der Demobilmachung 1918/19 dann auch entsprach⁹ - war den Arbeiterinnen selbst durchaus bekannt: Den ganzen Krieg hindurch wurden diese Überlegungen verlautbart, gedruckt und in nicht wenigen Fällen auch gleich arbeitsvertraglich abgesichert, indem die Frauen bei ihrer Einstellung ein Revers unterschreiben mußten, worin sie sich damit einverstanden erklärten, bei Rückkehr des „Arbeitsplatzbesitzers"



Fabrikarbeiterin um 1917

entlassen zu werden.¹⁰ Unter diesen Umständen war für die betreffenden Arbeiterinnen die Arbeit in der Kriegsindustrie auch längerfristig nicht gerade attraktiv.

Fazit: Von Interesse war das Angebot von Arbeitsmöglichkeiten in der Kriegsindustrie im Grunde genommen nur für diejenige Gruppe von Frauen, die bereits vorher erwerbstätig gewesen war, sich aber jetzt verbessern konnte; dies galt insbesondere für Dienstmädchen, aber auch für Arbeiterinnen aus besonders schlecht entlohten Branchen wie etwa der Textilindustrie. Aus dieser Gruppe von Frauen rekrutierte sich denn auch der Zuwachs der weiblichen Beschäftigten in kriegsindustriellen Betrieben.¹¹

II. Familienarbeit

These: Die reproduktiven Familienfunktionen — das Gebären und Aufziehen von Kindern und die emotionale Stabilisierung von Erwachsenen - und damit die entsprechenden Frauenarbeiten gingen im Krieg stark zurück. Demgegenüber wuchsen die produktiven Funktionen¹² — Produktion von Gütern für den Eigenbedarf, Beschaffung, Konservierung, Pflege und Aufbereitung von Konsumgütern etc. — sehr deutlich an. Beides wurde auf jeweils andere Weise zum Politikum, d.h. zu einem die Stabilität der Kriegsgesellschaft tangierenden Faktor, der politisch-bürokratische Kontrollversuche der Behörden und darauf wiederum reagierende Gegenstrategien der städtischen Arbeiterfrauen zur Folge hatte. Die weibliche Familienarbeit zog mehr öffentliches und obrigkeitliches Interesse auf sich als je zuvor, ohne daß die Frauen dies als Aufwertung ihrer Familienarbeit erlebten; dies lag zum einen an der zunehmenden materiellen Verelendung, zum ändern an den widersprüchlichen Interessen von Obrigkeiten und Bevölkerung.

Argumente:

I. Zum Rückgang der reproduktiven Familienfunktionen:

1.1. Den krassesten und unmittelbarsten Wandel im Bereich der familiären Reproduktion bewirkte der Krieg durch den Rückgang der Eheschließungen und der Geburtenzahlen. Seine eigentliche Bedeutung liegt jedoch nicht nur in der Signifikanz der statistischen Entwicklung, sondern vor allem in der Tatsache, daß es sich beim Geburtenrückgang der Kriegszeit um mehr als um eine gleichsam automatische Folge der Einberufung heirats- und zeugungsfähiger Männer zum Militär handelte. Unter dem Einfluß der Kriegsverhältnisse entwickelte sich nämlich sowohl bei den Regierungen und Verwaltungen als auch bei den Frauen und ihren Männern ein in diesem Ausmaß neuartiges Bewußtsein davon, daß die Frage, ob eine Frau Kinder zur Welt bringt und wenn ja, wie viele, bewußt entschieden werden konnte oder mußte. Die Anzahl der Kinder je Familie hatte sich auch vor dem Krieg keineswegs grundsätzlich naturwüchsig ergeben,

sondern war auch bisher schon in wachsendem Umfang mehr oder weniger erfolgreich von einem Ehepartner oder beiden gemeinsam zu steuern versucht worden; seit der Jahrhundertwende hatte sich diese Praxis auch in Arbeiterkreisen verbreitet. Der Krieg setzte hier jedoch insofern neue Akzente, als in seinem Verlauf die Bevölkerung ihren Kenntnisstand in Fragen der Empfängnisverhütung erheblich verbesserte und wesentliche Anstöße dazu erhielt, ihn auch in die Praxis umzusetzen. Gleichzeitig wurde auf der politischen Ebene die Steuerung des generativen Verhaltens der Bevölkerung — jedenfalls der Versuch dazu - in den Aufgabenkatalog von Regierungen und Verwaltungen aufgenommen.

Die Ausgangsimpulse für diese Entwicklungen gaben der Staat und die Militärrührung selbst. Zum einen reduzierten die Einberufungen die Zahl der Väter und solcher Männer, die es hätten werden können; dem Rückgang der Geburten ging der Rückgang der potentiellen Väter voraus. Zum ändern wurden die eingezogenen Männer, auf deren physische und psychische Stabilität großer Wert gelegt wurde, mit Duldung und sogar Unterstützung der Militärrührung auf außereheliche sexuelle Dienstleistungen verwiesen und, zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten, in Techniken und Mitteln der Prophylaxe unterrichtet. Da diese vorbeugenden Maßnahmen gegen Geschlechtskrankheiten zum Teil mit den vorbeugenden Maßnahmen gegen Empfängnis identisch waren, hatte das Militär - zusammen mit dem informellen Kommunikationsnetz der Zivilbevölkerung, in dem die Frauen untereinander entsprechende Kenntnisse weitergaben - einen nicht unerheblichen Anteil an der Erhöhung des einschlägigen Wissensstandes.

Gleichzeitig entwickelte sich im Krieg ein vermehrtes Bedürfnis nach Geburtenplanung, und zwar bei Staat und Bevölkerung aus entgegengesetzten Motiven. Regierungen und Verwaltungen versuchten, durch eine intensivierete pronatalistische Sozialpolitik sowie entsprechende gesetzliche und propagandistische Maßnahmen das weitere Absinken der Geburtenzahl zu verlangsamen. Im Gegensatz dazu verstand die Bevölkerung angesichts des Kriegs unter Geburtenplanung eher die geplante Verhinderung von Geburten. Ihr erschien die Kriegsgesellschaft nicht als das geeignete Umfeld für Kinder: Die äußerst bedrängten Lebensverhältnisse machten das Aufziehen von Kindern zu einer fast unlösbaren Aufgabe; und das Erlebnis einer Gegenwart, zu deren Normalität es gehörte, daß täglich Tausende von Männern an den Fronten getötet wurden und die Zivilbevölkerung immer mehr verelendete, prägte eine pessimistische Zukunftserwartung, in der weibliche Kinder nur zum Hungern und männliche nur für das Massengrab bestimmt zu sein schienen: „Auch mit die Kinder dürft ihr euch besser Zeit lassen“, riet ein(e) Briefschreiber(in) aus Niederbayern im März 1917 dem Adressaten,

„den [sie!] jetzt ist das Kinderaufziehen nicht mehr so glänzend. Heutzutage sind die Leute nicht mehr so dumm wie früher. Da könnten's gleich wieder ein Krieg anrichten, da hätten's dan gleich wieder recht viel zum erschießen.“¹³

Die starke politische Konnotation dieser Stellungnahme war keineswegs ein Einzelfall. Allem Anschein nach wurde auf der Wahrnehmungsebene, nachdem die Stimmung einmal ins Kritische umgeschlagen war, gerade die Gleichzeitigkeit des staatlich verordneten Massensterbens an den Fronten und einer auf Geburtenförderung ausgerichteten Sozialpolitik zum Politikum. Seine dementsprechenden Beobachtungen der in der bayerischen Bevölkerung 1916 verbreiteten Ressentiments faßte der Historiker Karl Alexander von Müller folgendermaßen zusammen:

„Der ganze Krieg ist ein Schwindel. Dem Volk wird was weisgemacht. Die Oberen haben sich untereinander vereinbart, die Kleinen müssen hinwerden. Wir werden uns aber überlegen, künftig Kinder in die Welt zu setzen und mühsam aufzuziehen, bloß daß die Oberen sie dann für Nichts hinschlachten [...] Die Leute werden ihnen halt zu viel, drum haben sie den Krieg angefangt, das weiß man schon und verlieren tun wir ihn auf alle Fälle [...].“¹⁴

Gegen die aus dieser Einstellung resultierende Verbreitung von empfängnisverhütenden Maßnahmen und Abtreibungen¹⁵ war die pronatalistische Sozialpolitik machtlos. Sie richtete sich vorwiegend auf die äußeren Hindernisse der Volksvermehrung wie Geschlechtskrankheiten oder Säuglingssterblichkeit; den viel wesentlicheren mentalen Veränderungen schenkte sie kaum Beachtung.¹⁶

1.2. Ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß die räumliche Trennung zahlreicher Ehepaare eine Auslagerung sexueller Beziehungen aus den ehelichen Bindungen zur Folge hatte. Dies führte zu einem Anstieg der Prostitution - sowohl im Etappengebiet wie in Deutschland selbst - und damit zu einer Verbreitung von Geschlechtskrankheiten auch in bisher davon wenig berührten Schichten und Regionen. Darüber hinaus jedoch kam es zur Verallgemeinerung von nicht- bzw. außerehelichen sexuellen Beziehungen. Hatten schon vor dem Krieg außereheliche Beziehungen insbesondere von Frauen moralische und zum Teil auch juristische Sanktionen zur Folge gehabt, wurden im Krieg vor allem zwei Kategorien außer- und nichtehelicher Beziehungen von Frauen geradezu zum unpatriotischen Akt. Die erste bestand aus außerehelichen Beziehungen der „Kriegerfrauen“, d.h. der Ehefrauen eingezogener Soldaten, deren Sexualverhalten von den Behörden aus Rücksicht auf die Stimmung an der Front besonders scharf beobachtet wurde. Zweitens handelte es sich um alle Frauen, die, ob verheiratet oder nicht, Beziehungen zu Kriegsgefangenen eingingen; die Zivil- und Militärbehörden ahndeten diese immer häufiger werdenden Verbindungen, wo sie bekannt wurden, mit Gerichtsurteilen und öffentlichem Pranger durch Bekanntmachung der betreffenden Frauen in der Tagespresse. Daß diese spezifische Verbindung von Sexualität und Patriotismus ausschließlich an den Frauen exekutiert wurde, nicht aber zugleich für Soldaten und Offiziere im Etappengebiet galt, wurde schon von zeitgenössischen Beobachter(inne)n kritisiert.¹⁷

Während also die Kriegsverhältnisse den „Normalfall“ weiblicher Biographie — Heirat, Eheleben, Kinderaufziehen - durch die Trennung existierender Ehen und die

Bearbeitet im Kaiserin Auguste Victoria Haus zur Bekämpfung
der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich.

Kriegsmerkblatt zur Ernährung und Pflege des Säuglings und Kleinkindes.

In diesem Merkblatt sind im Wesentlichen die durch den Krieg gebotenen Veränderungen berücksichtigt. Für die Grundsätze einer zweckmäßigen Ernährung und Pflege des Kindes verweisen wir auf die vom Kaiserin Auguste Victoria Haus herausgegebenen Merkblätter für die Ernährung und Pflege des Kindes und das Flugblatt zum Schutze der Säuglinge in der heißen Zeit.^{*)}

**Die Kriegs-
umstände for-
dern gebieterisch
das Stillen von
jeder Mutter.**

Starben schon im Frieden 7 mal so viel Flaschenkinder wie Brustkinder, so sind die Gefahren für eure Säuglinge bei künstlicher Ernährung jetzt noch viel größer. Es gibt weniger Röhre und wenig Viehfutter, so daß die Kuhmilch auch für die Säuglinge knapp wird. Die Milch kann nicht so sauber wie früher gewonnen und so rasch zu Euch befördert werden; daher verdirbt sie öfter und kann dann für den Säugling nicht verwandt werden. Auch alles was Ihr zur Zubereitung der künstlichen Nahrung braucht (Gefäße, Sauger, Feuerung), wird immer teurer und schwerer zu beschaffen. Alle Gefahren für's Kind, alle Mühen und Kosten für die Mutter sind beim Stillen nicht vorhanden. Das Stillen bringt uner-
sehbare Vorteile für Kind, Mutter und Staat.

**Die Kriegskost
ist auch für die
stillende Mutter
ausreichend und
unschädlich.**

Der Staat hat gerade für die stillenden Mütter besonders vorgesorgt: ihnen steht, außer der gewöhnlichen Lebensmittelkarte im allgemeinen noch die volle Karte oder ein Teil der Nahrungsmittel des Säuglings zu und außerdem $\frac{3}{4}$ —1 Liter Milch. Der im Frieden üblich gewesene übermäßige Genuß von diesen Suppen ist vollkommen unnötig und bildet nur eine schädliche Ueberfüllung des Magens, ohne die Brustmilch zu vermehren. Die ihr zugeteilten Hafer- und Grießnährmittel kann die Mutter gut für ihr Kind sparen. $\frac{3}{4}$ —1 Liter Milch und etwa 2 Teller Mehl- oder Kartoffel-
suppe täglich sind Flüssigkeit genug, um selbst eine reichliche Milchabsonderung zu erzeugen. Die Kriegskost enthält auch keinerlei Stoffe, die die Muttermilch verschlechtern oder gar schädlich machen könnten.

^{*)} 1. Merkblatt für die Ernährung und Pflege des Säuglings und Kleinkindes. Preis 5 Pfg., 100 Stück Mt. 5,—; 1000 Stück Mt. 40,—; 5000 Stück Mt. 120,—; 10000 Stück Mt. 320,—.
2. Flugblatt zum Schutze der Säuglinge. Preis 5 Pfg., 100 Stück Mt. 4,—; 1000 Stück Mt. 32,—; 5000 Stück Mt. 130,—; 10000 Stück Mt. 240,—.
3. Merkblatt für Schwangere und Abstillende. Preis 5 Pfg., 100 Stück Mt. 5,—; 1000 Stück Mt. 40,—; 5000 Stück Mt. 120,—; 10000 Stück Mt. 320,—.

Schwierigkeit der Schließung neuer Ehen für viele Frauen unmöglich machten, wurden andere Möglichkeiten der Lebens- und Beziehungsgestaltung unter so starke soziale Kontrolle und Ächtung gestellt, daß sie praktisch nur unter großen Schwierigkeiten realisierbar waren. Ein größerer Spielraum für die Ausfüllung weiblicher Biographie konnte hieraus kaum entstehen.

1.3. Als letztes Problemfeld sei hier die Sozialisation der Jugendlichen genannt. Die Einziehung vieler Väter, Lehrer und Polizisten beraubte, so die Wahrnehmung der Behörden, die Gesellschaft der zentralen Disziplinierungsinstanzen, was sich ihrer Meinung nach besonders auf die männliche Arbeiterjugend schädlich auswirkte. Den Müttern mangle es an der erforderlichen Konsequenz und Durchsetzungsfähigkeit, was zusammen mit der größeren finanziellen Selbständigkeit, persönlichen Unabhängigkeit und dem erhöhten Selbstbewußtsein infolge der größeren Rolle, die die jugendlichen Arbeiter als Miternährer ihrer Familien und als wichtige Arbeitskräfte der Kriegsindustrie spielten, zu besorgniserregender Aufsässigkeit, Kriminalität und Verwahrlosung geführt habe. Durch gesetzgeberische und andere Maßnahmen — die spektakulärste war der sogenannte Jugendsparzwang — wurde versucht, die fehlenden männlichen Disziplinierungsinstanzen qua Verordnung zu ersetzen. Die Behörden sahen sich dabei jedoch dem Problem gegenüber, daß die unvollständigen Arbeiterfamilien selbst eine ganz andere Wahrnehmung desselben Sachverhalts hatten. Diejenigen Momente nämlich, aus denen die Militärbehörden auf Defizite der familiären Sozialisation von jugendlichen Arbeitern schlossen - insbesondere die erhöhte Diebstahlskriminalität, der Rückgang des Schulbesuchs und ihre generelle Aufsässigkeit, die sich nicht zuletzt in der Tatsache manifestierte, daß sich aus den Jugendlichen neben den Frauen die meisten Teilnehmer an Demonstrationen und Unruhen rekrutierten —, spiegeln keineswegs grundsätzlich „verwahrloste“ Familienverhältnisse wider, sondern oftmals eher umgekehrt das Funktionieren familiärer Sozialisation unter den speziellen Bedingungen der Kriegszeit. Indem sie stahlen, hamsterten und mit den Frauen gemeinsam demonstrierten, leisteten die Jugendlichen ihren Beitrag zum Familieneinkommen — oft in direkter Komplizenschaft mit ihren Müttern.¹⁸

2. Zur Zunahme der produktiven Familienfunktionen:

2.1. Die Einrührung der sogenannten Familienunterstützung bei Kriegsbeginn, die den Verlust an Geldeinkommen ausgleichen sollte, den die Einberufung der Männer für die „Kriegerfamilien“ bedeutete, machte Staat und Gemeinden zu einer zentralen Quelle des Familieneinkommens. Nie zuvor sind so viele Frauen und Familien über einen so langen Zeitraum in dieser — wenn auch unzureichenden - Höhe von Staats wegen alimentiert worden (siehe Tabelle 2). Allein der preußische Staat gab zwischen August 1914 und Oktober 1918 gut 4,1 Mrd. Mark für die Unterstützung der „Kriegerfamilien“ aus.¹⁹

Tabelle 2²⁰

Aufwendungen für die Familienunterstützung in Preußen 1914-1918 (in Mio. Mark) in ausgewählten Monaten

Monat	1914	1915	1916	1917	1918
Januar		39,8	79,3	114,7	108,8
August	16,3	56,5	78,8	107,0	100,8

Daß die Verfügung über dieses Einkommen bei den Frauen lag, verschaffte diesen eine objektiv wie subjektiv größere Selbständigkeit und ein dementsprechend ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Dies spiegelte sich in Einstellungen und Verhalten der „Kriegerfrauen“ den Behörden gegenüber deutlich wider. Solche auch von den Frauen selbst als positiv wahrgenommenen Aspekte der Familienunterstützung wurden allerdings dadurch relativiert, daß sie untrennbar mit dem öffentlichen Negativ-Image der „Kriegerfrauen“ verbunden waren. Wo die „Kriegerfrauen“ im öffentlichen Diskurs auftauchten, geschah das häufig in ermahnender Absicht und als Adressaten behördlicher Kritik: Sie seien, hieß es, zu verschwenderisch, drückten sich vor kriegsnotwendigen Arbeiten, vernachlässigten ihre Kinder, betrögen ihre Männer, seien zu anspruchsvoll und zu kritisch. Die Selbsterfahrung dieser Rolle schilderte eine sächsische „Kriegerfrau“ ihrem Ehemann in einem Brief folgendermaßen:

„[...] was manchmal bei den Leuten gemunkelt wird ist unbeschreiblich, jetzt wurde sogar berichtet, es war einer Kriegerfrau sogar ins Gesicht gesagt worden das [sie!] die Kriegerfrauen nichts vom Kriege spürten, denn sie könnten lange schlafen, Spazierengehen, und der Mann schickte auch noch einen Haufen Geld herein natürlich kann es garnicht schlimm genug gemacht werden diese paar Mark Löhnung ist der Haufen nicht so groß. O wie gerne würde ich mit Ihnen [den Nicht- 'Kriegerfrauen'] tauschen vorzüglich ich und deine Kinder wir müssen doch am längsten ausholten. Wir haben es doppelt zu büßen und müssen von unserer Unterstützung alles genau so teuer bezahlen als die die ihre Männer zu Hause haben und das viele schöne Geld verdienen. Die kommen anders vorwärts ah wir, wo Ihr armen Männer Euch von Anfang an man möchte sagen auch für diese in weiter Feme herum schinden müßt und vielleicht krank und kaput werdet Ihr zurückkehren was, haben wir denn davon und nun wollen sie uns noch beneiden auf uns Kriegerfrauen wird zu sehr aufgepaßt ich brauche niemand dazu.“²¹

Andererseits bezogen die „Kriegerfrauen“ aus der völlig neuen Honorierung ihrer Hausfrauen- und Mutterrolle durch den Staat durchaus ein erhöhtes Selbstwertgefühl. Gefördert wurde dies nicht zuletzt durch die auch von staatlicher Seite immer wieder betonte Auffassung, daß die Familienunterstützung etwas vollständig anderes sei als die Armenunterstützung:

nicht staatliche Mildtätigkeit also, sondern die Erfüllung eines moralischen Anspruchs. Entsprechend entwickelten die Frauen auch den Behörden gegenüber durchaus eine selbstbewußt-fordernde Haltung. Im sicheren Bewußtsein der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche auf Unterstützung setzten sie ihre Interessen gegenüber den Unterstützungsbehörden mitunter recht selbstbewußt durch.²²

Auch im innerfamiliären Bereich dürfte die Familienunterstützung durchaus zu veränderten Selbstwahrnehmungen geführt haben: Als Empfängerinnen der Zuwendungen und in Abwesenheit des Ehemannes hatten viele Frauen das erste Mal die Verfügung über das gesamte Bareinkommen der Familie. Dies gab ihnen die Möglichkeit, vorher selbstverständliche innerfamiliäre Zuteilungsmodi, bei denen häufig der größte Anteil an Geld bzw. Konsum auf den Ehemann entfallen war, aus einer anderen Perspektive zu sehen. Zahlreiche Berichte enthalten wie der folgende die Beobachtung,

*„daß viele Kriegerfrauen, besonders mit einer großen Kinderzahl, nie soviel Barmittel für ihren Haushalt zur Verfügung hatten wie jetzt. Mir selbst haben viele mit recht kräftigen Ausdrücken über ihre Männer dieses zugestanden mit dem Bemerken, daß sie sich jetzt nicht mehr so viel plagen müssen wie vor dem Kriege, wo ihre Männer fast den ganzen Verdienst vertrunken und für Frau und Kinder fast nichts mehr übrig gehabt hätten.“*²³

Die materiellen Auswirkungen der Familienunterstützung dürfen jedoch nicht überschätzt werden: Spätestens seit 1916 war es städtischen Familien kaum noch möglich, von der Unterstützung allein zu leben.²⁴

2.2. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten und der partielle Zusammenbruch der Geldwirtschaft: prägten die Existenz der Zivilbevölkerung spätestens in der zweiten Hälfte des Kriegs nahezu vollständig. Die meisten Konsumgüter verteuerten sich kontinuierlich, und immer mehr von ihnen waren schließlich ganz vom Markt verschwunden und für Geld gar nicht mehr erhältlich. Die staatliche Bewirtschaftung setzte fest, wie viel jeder Haushalt verbrauchen durfte. So weit wie möglich gingen die Familien zur Eigenproduktion von Nahrungsmitteln über; immer wichtiger wurden vor allem in den Arbeiterschichten die illegalen Methoden der Daseinsvorsorge:

Frauen und Familien hamsterten, plünderten und stahlen, und zwar, wie die Behörden registrierten, ohne jedes Unrechtsbewußtsein:

*„Auf dem Gebiete der Ernährung ist es so weit gekommen, daß auch sonst durchaus zuverlässige Kreise der Bevölkerung, die sich lange bemüht haben, den unübersehbaren Rationierungsvorschriften sich zu fügen, sich jetzt ohne Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bedenkenlos versorgen, so wie sie können. Sie nennen es Selbsthilfe, die sie sogar für rechtlich zulässig halten, weil die Behörden ihrer Verpflichtung zur gleichmäßigen gehörigen Versorgung der Bevölkerung nicht mehr nachkämen.“*²⁵

Zeitgenössische Beobachter schätzten, daß nur rund die Hälfte aller rationierten Nahrungsmittel — und rationiert war in der zweiten Hälfte des Krieges nahezu alles

Genießbare - über die öffentliche Bewirtschaftung verteilt wurde, während die andere Hälfte auf dem schwarzen Markt, durch Diebstahl oder auf anderen gewundenen

Wegen den Besitzer wechselte.²⁶

Lernete die Bevölkerung so einerseits, den Staat in seiner Eigenschaft als normsetzende und -kontrollierende Instanz zu mißachten, führte sie andererseits eine neuartige Form materieller Daseinsvorsorge ein, indem sie die Behörden in ihrer Eigenschaft als Verteilungsinstanz zu erpressen begann. Angesichts des massiven Unmuts der Bevölkerung über die Ernährungslage, der sich immer häufiger in spontanen Demonstrationen, Steinwürfen in behördliche Fensterscheiben und Arbeitsniederlegungen Luft machte, sahen die Ortsbehörden oft keine andere Möglichkeit mehr, als zusätzliche Lebensmittel zu verteilen, um kritische Situationen zu entschärfen. An dieser Praxis übten die Militärbehörden scharfe Kritik, da sie nicht zu Unrecht befürchteten, daß dies einen kollektiven Lernprozeß zur Folge haben würde:

„Haben die Unruhen im Gefolge, daß die Stadtverwaltungen Lebensmittel herausrücken oder Brot ohne Karten ausgeben, so schließt das Volk, daß genügend Vorräte vorhanden sein müßten und hält den Radau für ein wirksames Mittel, ihre [sie!] Wünsche erfüllt zu sehen.“²⁷

2.3. Das von der Bevölkerung als schuldhaftes Versagen empfundene Unvermögen der Obrigkeit, eine den existentiellen Bedarf deckende Versorgung mit Konsumgütern aufrecht zu erhalten, wurde zum treibenden Motiv dafür, daß sich nach und nach in fast allen Bevölkerungsschichten, ganz besonders aber bei den Arbeiterfrauen, eine sehr kritische Haltung durchsetzte, die gegen die schlechte Versorgung, schließlich auch gegen den Krieg und den ihn führenden Staat gerichtet war.²⁸ Die in der zweiten Hälfte des Krieges von den Militär- und Zivilbehörden minutiös aufgezeichneten Beobachtungen über die Stimmung der Bevölkerung wiederholten sich in Feststellungen wie etwa der des Berliner Polizeipräsidenten vom Februar 1916: „Die Zahl der Hausfrauen, die ihrem Unmut offen Ausdruck geben, wächst stetig, und in den unteren Schichten des Volkes herrscht teilweise eine überaus bedenkliche Gereiztheit.“²⁹ Die „allgemeine Unzufriedenheit“ werde, so die behördlichen und polizeilichen Beobachter, „namentlich durch das Gebaren radaulustiger Weiber, welche ihre Männer aufreizen, besonders erhöht“.³⁰ Angesichts der völlig unzureichenden Ernährungsverhältnisse radikalisierten sich gerade die Frauen, die infolge der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für die Versorgung der Familien zuständig waren:

„Fast durchweg sind es Frauen, und zwar aus geringeren und besseren Ständen ohne Unterschied, die ihrer Unzufriedenheit durch erbittertes Schelten Ausdruck geben. Die Männer sind ruhiger und zurückhaltender. Bei den Frauen ist es auch wohl verständlich. Sie sollen kochen und für die Magenbedürfnisse sorgen und sehen sich darin ohnmächtig.“³¹

In diesem Fall stimmten die Frauen mit der Lagebeurteilung der Militärbürokratie durchaus überein:

„[...] ich weiß oft [nicht] wo mir der Kopfsteht solst kochen alles hat Hunger und man hat nichts [...] in den Sammelstellen läßt man die Sachen kaput gehen wir bekommen nichts, die Älteren Leut und jungen Mädchen sollen kaput gehen damits mit den nachwesenden Kindern thun können was mögen.“³²

Dabei richtete sich der zunehmende Protest nicht so sehr gegen den Mangel als solchen, sondern vielmehr gegen die Regierungen und Verwaltungen, von deren Maßnahmen ein großer Teil der Bevölkerung sich übervorteilt und betrogen fühlte: Nicht die Ernährungslage wurde zum Politikum, sondern ihre Wahrnehmung durch die Bevölkerung als durch staatliche Inkompetenz und Ungerechtigkeit herbeigeführte und damit moralischen Kriterien unterworfenene Ungerechtigkeit:

„In der ärmeren Bevölkerung greift eine immer stärker werdende Gereiztheit und Verbitterung Platz, die noch mehr auf die Ungleichheit in der Lebenshaltung und auf die nicht immer gerechte Art der Lebensmittelverteilung als auf den herrschenden Mangel zurückzuführen ist.“³³

2.4. Das verstärkte Interesse, das in diesen Notzeiten die quantitativ wichtigste Frauenarbeit, die Hausarbeit, genoß, trug durchaus zwiespältige Züge. Einerseits erfährte sie eine deutliche Aufwertung: Selten zuvor war die gesellschaftliche Relevanz der Hausarbeit so einmütig betont worden. Aber auch hier war die erhöhte öffentliche Anerkennung von einer Intensivierung faktischer und moralischer Kontrolle sowie von einer deutlichen Tendenz begleitet, hauswirtschaftliches Fehlverhalten von Frauen als eine der Ursachen für die schlechte Ernährungslage der Bevölkerung zu unterstellen. Vor allem den Arbeiterfrauen, hieß es in den Verlautbarungen von Behörden, Frauenvereinen etc., fehle es an den nötigen hauswirtschaftlichen Kenntnissen, um in den schwierigen Ernährungsverhältnissen der Kriegszeit zurechtzukommen, und an der Fähigkeit, nicht nur das Wohlergehen der eigenen Familie, sondern auch das der Gesamtgesellschaft im Blick zu haben.³⁴ Insofern bedeutete die Aufwertung der Hauswirtschaft im Ersten Weltkrieg keineswegs zugleich auch eine entsprechende Aufwertung der Hauswirtschafterinnen, sondern eher deren Festschreibung als chronisch unterqualifizierte Hausarbeitskräfte.

Fazit: In der verstärkten Einübung in die Praxis der Geburtenplanung, in der Familienunterstützung ebenso wie in der gesellschaftlichen Aufwertung der Hausarbeit lagen durchaus Elemente einer Kriegsrealität, die von den Arbeiterfrauen als Stärkung ihrer gesellschaftlichen und familiären Position empfunden wurden. Doch ist stark zu bezweifeln, daß diese Aspekte der Kriegszeit in der Wahrnehmung und Erlebnisweise der Frauen angesichts des überwältigenden Elends, aber auch der negativen öffentlichen Bewertung ihres Verhaltens eine größere Bedeutung gewinnen konnten.



Sortieren von Feldpostsendungen in der Oberpostdirektion Bromberg

Diese hier nur sehr knapp umrissenen Befunde einer wahrnehmungsgeschichtlichen Analyse des Ersten Weltkriegs aus dem Blickwinkel städtischer Arbeiterfrauen zeigen, wie vorsichtig bei einer sozialgeschichtlichen Einordnung des Ersten Weltkriegs verfahren werden muß; Die Ambivalenz der geschilderten Erfahrungszusammenhänge verbietet es m. E., den Ersten Weltkrieg undifferenziert unter Stichworten wie „Modernisierung“ oder „Emanzipation“ in eine Geschichte der Durchsetzung säkularer Trends einzubinden. Die Betonung liegt hier auf „undifferenziert“: Es geht keineswegs darum, Versuche der Benennung epochaler Trends und sozialer Wandlungsprozesse generell aus dem Aufgabengebiet der Geschichtswissenschaft auszugrenzen und zur Rückkehr zur historistischen Miniaturenmalerei aufzurufen. Vielmehr möchte ich dafür plädieren, derartige Struktur- und Prozeßbegriffe nicht losgelöst von den Erfahrungen, Wahrnehmungen und Sinnstiftungen derjenigen zu verwenden, die unter diese Begriffe subsumiert werden. Eine in diesem Sinn differenzierte Verwendungsweise des Begriffs „Emanzipation“ setzt seine wahrnehmungsgeschichtliche Sättigung voraus: Es könnte - je nach der inhaltlichen Füllung des Emanzipationsbegriffs — etwa für die Frauen im Ersten Weltkrieg in irgendeiner Weise emanzipatorisch gewesen sein, daß die Verminderung ihrer Heiratschancen ihnen neue biographische Prioritäten nahegelegt hatte — vorausgesetzt, sie haben es auch so und nicht als Benachteiligung

erlebt. Es könnte für die Arbeiterfrauen ein emanzipatorisches Angebot gewesen sein, daß ihnen während des Ersten Weltkriegs der Zugang zu „Männerarbeitsplätzen“ eröffnet worden ist — vorausgesetzt, sie haben ihre Rolle in diesem Zusammenhang nicht nur als vorübergehend geduldete Lückenbüßerinnen erlebt. Wie ich oben zu zeigen versucht habe, ist dies jedoch kaum der Fall gewesen.

Rückt man den Wahrnehmungsaspekt in den Mittelpunkt der geschichtswissenschaftlichen Analyse, so führt dies keineswegs dazu, daß der Gegenstand dieser Analyse sich in eine amorphe Vielfalt unzusammenhängender Details auflöst. Vielmehr stößt man auch bei einer solchen Fragestellung auf „geschichtsmächtige“ Strukturen, die allerdings kaum mehr unter lineare Entwicklungstrends zu subsumieren sind, sondern demgegenüber die Dynamik innerer Widersprüchlichkeiten betonen bzw. auf das dialektische Verhältnis verweisen, in dem gesellschaftliche Bereiche, die ansonsten überwiegend getrennt analysiert werden, aufeinander bezogen sind. Im vorliegenden Fall zeigt sich dies insbesondere an der gegenseitigen Beeinflussung der „privaten“ und der „öffentlichen“ Sphäre der Kriegsgesellschaft und an dem sehr komplexen Verhältnis zwischen Handlungen und Wahrnehmungen der Regierungen und Behörden einerseits und andererseits der Bevölkerung, hier vor allem der Arbeiterfrauen.

Anmerkungen:

- 1 Ans dem Brief „mehrerer Hamburger Kriegerfrauen“ an den Hamburger Senat vom 11.8.1916, zitiert nach:
V. Ullrich, *Kriegsalltag. Hamburg im Ersten Weltkrieg*, Köln 1982, S. 56.
- 2 S. hierzu u.a.: K. Hausen, *Women's History in den Vereinigten Staaten*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 7 (1981), S. 347-363; U. Frevert, *Bewegung und Disziplin in der Frauengeschichte*. Ein Forschungsbericht, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 14 (1988), S. 240-262; G. Bock, *Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte*, in: Ebenda, S. 364-391; *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*, hrsg. von U. Rauiff, Berlin 1987; V. Sellin, *Mentalitäten in der Sozialgeschichte*, in: *Sozialgeschichte in Deutschland*, Bd. 3, hrsg. von W. Schieder/V. Sellin, Göttingen 1987, S. 101-121; P. Borscheid, *Alltagsgeschichte-Modetorheitoder neues Tor zur Vergangenheit?*, in: Ebenda, S. 78-100; *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebenswelten*, hrsg. von A. Lüdtkke, Frankfurt a. M., New York 1989.
- 3 C. Geertz, *History and anthropology*, in: *New Literary History*, 21 (1990), Nr. 2, S. 321-335, hier S. 321.
- 4 S. z.B.: S. Bajohr, *Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945*, Marburg a. L. 1979, S. 101, 119, 127. Die Annahme, daß der Erste Weltkrieg eine irgendwie modernisierende, emanzipierende Wirkung auf die lohnarbeitenden Frauen gehabt habe, bei der explizit oder implizit davon ausgegangen wird, daß sich dies nicht zuletzt an der Verallgemeinerung weiblicher Lohnarbeit gezeigt habe, durchzieht die meisten bisherigen Veröffentlichungen. S. z. B.: U. von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914 — 1945*, Stuttgart 1969, S. 10; abgeschwächt in: Dies., *Frauenarbeit und Frauenemanzipation im Ersten Weltkrieg*, in: *Francia*, 2 (1974), S. 502-523; H.-J. Bieber, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914 - 1920*, Hamburg 1981, S. 207; C. Sachße, *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871 - 1929*, Frankfurt a. M. 1986, S. 152; M.-E. Lüders, *Das unbekannt Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914- 1918*, Berlin 1937, S. 226-229 und passim; C. Lorenz, *Die gewerbliche Frauenarbeit während des Kriegs*, in: Dies./P. Umbreit, *Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse*, Stuttgart u.a. 1928, S. 390; A. Seidel, *Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg als Problem der staatlichen Sozialpolitik, dargestellt am Beispiel Bayerns*, Frankfurt a. M. 1979, S. 3 und passim; A. Marwick, *War and social change in the twentieth Century. A comparative study of Britain, France, Germany, Russia and the United States*, London 1979, S. 49, 223.
- 5 U. Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1989, S. 38, (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 84).
- 6 Ebenda, S. 43.
- 7 S. hierzu: G. D. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918*, Berlin, Bonn 1985, passim.
- 8 Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft*, S. 94.
- 9 R. Bessel, „Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes“. *Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 211-229.
- 10 Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft*, S. 118-121.
- 11 Dies belegen zeitgenössische Erhebungen über die Herkunft der weiblichen Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie; s. z. B.: *Kriegsvolkszählungen vom Jahre 1916 und 1917 in Bayern*, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1919, S. 204, (*Beiträge zur Statistik Bayerns*, Heft 89); *Die Frau in der bayerischen Kriegsindustrie nach einer amtlichen Erhebung aus dem Jahre 1917*, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1920, S. 12; s. hierzu auch: Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft*, S. 45 — 50, 286f. Anm. 27 u. 28; dies., *Fiktionen, Friktionen und Fakten - Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg*, in: *Arbeiterschaft 1914-1918 in Deutschland. Studien zu Arbeitskämpfung und Arbeitsmarkt im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von G. Mai, Düsseldorf 1985, S. 277- 323, hier S. 286 f.
- 12 Diese analytische Trennung der familiären Bereiche geht zurück auf einen Vorschlag Karin Hausens; s. K. Hausen, *Familie als Gegenstand Historischer Sozialwissenschaft. Bemerkungen zu einer Forschungsstrategie*, in: *Geschichte und Gesellschaft* I (1975), S. 171- 209.
- 13 Briefauszug vom 14.3.1917 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 1979).

- 14 Karl Alexander von Müller an bayerisches Kriegsministerium 31.8.1916 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, MKr 2335).
- 15 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S.152ff.
- 16 S. zur pronatalistischen Sozialpolitik der Kriegszeit: C. Osborne, Pregnancy is the woman's active Service. Pronatalism in Germany during the First World War, in: The upheaval of war. Family, work and welfare in Europe, 1914 - 1918, hrsg. von R. Wall/J. Winter, Cambridge u.a. 1988, S. 389 - 416; P. Weindling, The medical profession, social hygiene and the birth rate in Germany, 1914 - 1918, in: Ebenda, S. 417 - 437.
- 17 S. hierzu: Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 139 - 147.
- 18 Sehr illustrativ sind diese Binnen- und Außenverhältnisse der Familien der Kriegszeit dargestellt in: E. Glaeser, Jahrgang 1902, Berlin 1931 - einem Roman mit autobiographischen Zügen.
- 19 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 173.
- 20 Ebenda. Die Tabelle gibt nur die jeweiligen staatlichen Mindestsätze ohne die zusätzliche Aufstockung durch die Kommunen wieder.
- 21 Brief einer sächsischen „Kriegerfrau“ vom März 1917 an ihren kriegsgefangenen Ehemann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 1979).
- 22 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 180f.
- 23 Bezirksamt Augsburg an Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 19.12.1916 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 980).
- 24 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 182f.
- 25 Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos vom 3.4.1917, S. 8 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RM3/4670).
- 26 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 225.
- 27 Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos vom 3.3.1917, S. 12 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RM3/4670).
- 28 S. hierzu: J. Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918, 2. durchges. und erg. Aufl., Göttingen 1978, S. 131 - 137.
- 29 58. Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 5.2.1916 (Bundesarchiv Potsdam, Reichskanzlei 2398/5, Bl. 181).
- 30 Bezirksamt Altötting an Regierung Oberbayern 21.9.1918 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 1969).
- 31 Monatsbericht der Stellvertretenden Generalkommandos vom 3.8.1917, S.6, Kommandeur der Festung Mainz (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RM3/4670).
- 32 Brief einer Augsburgerin vom 19.3.1917 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München 1979).
- 33 Stellvertretendes Generalkommando I. Bayerisches Armeekorps München, 4.7.1917: Monatsbericht für März 1917, S. 1 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv, München, MKr 12844).
- 34 Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, S. 218ff.